

herlichen Werte, mein Führer, danken wir heute die Gewissheit, daß wir nicht untergehen werden, sondern weiter berufen sind, als deutsche Wacht im Osten gemeinsam mit dem ganzen deutschen Volke den Siegesweg in die Zukunft anzutreten. Für das gesamte Sudetendeutschtum sprechen in diesen Stunden die Tausende, die an der heutigen Kundgebung in Gablonz teilnehmen. In tiefster Dankbarkeit grüßen sie ihren Führer. Heil, mein Führer! Konrad Henlein.

Sofortiger Aufbau der NSB. Sudetengau

Der Reichskommissar für die Sudetendeutschen Gebiete, Konrad Henlein, hat als Führer der Sudetendeutschen Partei angeordnet, daß die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt Sudetengau im Einvernehmen mit dem Hauptamt der NS-Volkswohlfahrt sofort aufgebaut wird. Seitdem Stab wurde vom Hauptamt der NS-Volkswohlfahrt als Stellvertreter des Hauptamtsleiters Hilgenfeldt der Reichsüberrevisor Karl Janovsky zugeteilt. Mit der Durchführung der Aufbauarbeit beauftragte Konrad Henlein Dr. Albin Friedrich.

Beauftragungen durch Henlein

Wichtiger Hinweis für sudetendeutsche Beamte und Angestellte

Der Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, Konrad Henlein, hat, wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz aus der Gauhauptstadt des Sudetendeutschen Gebietes, Reichenberg, mitteilt, folgende Beauftragungen erteilt:

Adjutant des Reichskommissars: Diplomingenieur Rudolf Wenzel; Stellvertreter Konrad Henleins: Karl Hermann Frank; Chef der Kanzlei des Reichskommissars: Dr. Wilhelm Sebekowsky; ständiger Vertreter des Reichskommissars: Dr. Rudolf Schidetzanz; Beauftragter für die Parteiorganisation: Dr. Fritz Kallner.

Die Hauptleitung der Partei bilden: Schatzmeister Gustav Högel; Personalamt: Richard Leumel; Geschäftsführung: Dr. Fritz Köhler; Presseamt: Eduard Hermann; Rechtsamt: Dr. Herbert David; Propagandaleiter: Franz Höller; Amt für Volksgesundheit: Dr. med. Feitenhanzel; Handwerk und Handel: Frau Ernst Pechla; Amt für Agrarpolitik: Frau Rudolf Raschka; Amt für Erzieher: Professor Dr. Ludwig Gisholz; Wirtschaftsberater: Frau Wolfgang Richter; Amt für Kommunalpolitik: Dr. Anton Kreißl; NS-Frauenenschaft: Jabella Pompe; Amt für Volkswohlfahrt: Dr. Albin Friedrich.

Das Organisationsamt der Sudetendeutschen Partei gibt bekannt: Alle sudetendeutschen Beamten und Angestellten von Eisenbahn, Post, Finanzdienst, politischen Dienst und Polizeidienst, auch solche, die im tschechischen Gebiet Dienst machen und sich um Übernahme in den Staatsdienst des Deutschen Reiches bewerben, haben unverzüglich, spätestens jedoch bis Sonnabend, den 15. Oktober 1938, ihre Anmeldung unter Angabe ihrer bisherigen Dienstverwendung und Laufbahn beim Personalamt der Sudetendeutschen Partei einzubringen.

Erste Verordnung des Generalfeldmarschalls Göring

Die Durchführung des Vierjahresplanes

Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, über die Durchführung des Vierjahresplanes in den sudetendeutschen Gebieten veröffentlicht. Danach ist die Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 in den sudetendeutschen Gebieten sinngemäß anzuwenden.

Die neue Verordnung, die bereits am 10. Oktober, dem Tag ihrer Verkündung, in Kraft getreten ist, läßt erkennen, daß der Wirtschaftsaufbau in den sudetendeutschen Gebieten nach denselben Grundsätzen und Methoden und mit der gleichen Eilhaft wie alle bisherigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung im nationalsozialistischen Deutschland in Angriff genommen wird. Das alles andere beherrschende Problem der Wirtschaftsentwicklung ist im Altreich der Vierjahresplan; durch die neue Bestimmung wird die rechtliche Grundlage für eine entsprechende Ordnung im Sudetenland geschaffen. Die neue Verordnung ist das Fundament für den gesamten wirtschaftlichen Aufbau und zugleich auch die Untermauerung der Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Sudetenland. Eine entscheidende wirtschaftliche Maßnahme wurde hier bekanntlich bereits getroffen, und zwar der beschleunigte Einfluß arbeitsloser Sudetendeutscher, vor allem bei volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Arbeiten des Vierjahresplanes.

Die neue Verordnung ist ein Zeichen dafür, daß planmäßig sofort alles getan wird, um der Not der Sudetendeutschen ein Ende zu bereiten. Die Verordnung schafft die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung des Sudetenlandes nach nationalsozialistischen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätzen für eine Erschließung der natürlichen Reichtümer des Landes und für eine Ausnutzung aller Produktionsanlagen und Arbeitsmöglichkeiten zum Wohle der gesamten sudetendeutschen Bevölkerung.

Reichsmark im Sudetenland

Nach einer Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten ist das gesetzliche Zahlungsmittel neben der tschecho-slowakischen Krone die Reichsmark. Eine tschecho-slowakische Krone ist gleich 12 Reichspfennigen.

Der Umlenkungskurs ist abweichend vom Devisenkurs, der rund 8,7 Pfg. für die Krone beträgt, auf 12 Pfg. festgesetzt worden. Die Festsetzung ist nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Absicht erfolgt, die sudetendeutsche Wirtschaft auf einer gesunden Grundlage in das Reich einzugliedern. Durch das gewährte Umtauschverhältnis sollen Preissteigerungen in den sudetendeutschen Gebieten vermieden werden. Die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger soll damit gewahrt und der Sparer vor einer Entwertung seines Sparkapitals geschützt werden.

„Reinigt die Heimat“

Emigrantendämmerung in der Tschechei?

Der tschechisch-agrarische „Venkov“ fordert die Lösung des Emigrantenproblems in der Tschechoslowakei. Das Blatt verlangt, daß diese Lösung mit möglichst beschleunigter durchgeführt werde. Wenn man vielleicht auch nicht zur sofortigen Tat übergehen könne, müsse doch das Volk sobald als möglich wissen, wie man dieses wichtigste Problem anzufassen gedenke.

Sofortiger Schluß müsse jedoch mit dem Aufzug gemacht werden, die Stellungnahme für die Emigranten als „fortschrittlichkeit“, die Stellungnahme gegen sie aber als „rückschrittlichkeit“ zu bezeichnen. Ebenso müsse einmal das leere Geschwätz von der „Demokratie“ verschwinden.

In erster Linie kommen die Bedürfnisse des Volkes und seines Lebens“, ruft das Blatt aus. „Wir haben jetzt für unsere eigenen Leute, die Tschechen, Sorge zu tragen, die aus den Grenzgebieten in die Heimat zurückkehren müßten. Wir müssen eben aus diesem Grunde die Heimat von den Parasiten des Emigrantenentums säubern, und zwar gründlich, hart und schnell.“

„Wirtschaftliche Erneuerung“

In einer amtlichen Mitteilung heißt es u. a.: Der Vorsitzende der Regierung, General Sirovy, hat sowohl in der Regierungserklärung als auch bei anderen Gelegenheiten die wirtschaftliche Erneuerung des Staates als Hauptaufgabe seiner Regierung bezeichnet. Diese Aufgabe muß noch durch den Umbau des Staates in einen Staat der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer ergänzt werden, der auf der vollkommenen Gleichheit aller drei nationalen Bestandteile beruhen soll. Alle Befürwungen der Regierung sind jetzt nach der Regelung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Slowaken auf die Vereinigung der Fragen der Karpato-Ukraine und auf die beschleunigte Stabilisierung der Verhältnisse in dem neuen Staatsgebiet konzentriert.

Die Juden sind erkannt

Antijüdische Kundgebungen sogar in Prag

Die politische Entwicklung der letzten Wochen konnte naturgemäß auch auf die innenpolitische Meinungsbildung in der Tschecho-Slowakei nicht ohne Eindruck bleiben. So haben in Straßen des Prager Stadtteils Weinbera große antijüdische Kundgebungen

stattgefunden. Polizei schritt gewaltsam gegen die Kundgebungen ein, wobei mehrere durch Säbelhiebe verletzt wurden. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Auch aus anderen Gebieten der Tschecho-Slowakei liegen Meldungen über antijüdische Kundgebungen vor. Besonders entsetzliche Formen hat die antijüdische Einstellung der Bevölkerung vor allem in der Slowakei angenommen, wo einige große jüdische Firmen bereits ihre Unternehmungen aufgelöst und nach der Schweiz, nach Holland und England verlegt haben. Mehrere Buchverlage, die sich in jüdischen Händen befinden, bereiten ihre Ueberführung nach Paris vor.

Beginnende Abwehr gegen das schuldige Judentum

Englands und Frankreichs moralische Pflicht, für die marxistischen und jüdischen Vertreter des Versailles Seistes zu sorgen. Bittere Besse der Beträter am Sudetendeutschtum

Prag. Anlässlich der Ankunft des mit der Flüchtlingsfürsorge betrauten Londoner Oberbürgermeisters stellt Prager Blatt die moralische Pflicht Englands und Frankreichs fest, für die Marxisten und Juden aus den sudetendeutschen Gebieten zu sorgen, welche die Sache von Versailles gegen Konrad Henlein vertraten. Senen, die nun zerlumpt und verzweifelt in Prag herumlungerten, könnten die Tschechen nicht helfen. Sie dürften den Einheimischen nicht das Brot wegessen und könnten nicht bleiben.

Insbefondere wendet sich das Blatt der akut gewordenen Judenfrage zu, indem es schreibt: „Der Londoner Oberbürgermeister sollte sich um die schnelle Ueberführung der jüdischen Emigranten kümmern. Das ist eine moralische Pflicht Englands und Frankreichs. Heute rufen bereits verzweifelt die Jüdischen Rechtsanwälte, Gewerbetreibende und Geschäftsleute „Schützt uns vor der fremden Invasion!“

Gegen die jüdische Ausbeutung

Stakens Abwehrkampf: Die Handelsjuden werden kaltgestellt

Rom. Der Korporationsminister hat durch Rundschreiben an sämtliche Präfekten verfügt, daß künftig Handelskonzessionen und die Genehmigung zur Uebernahme von im öffentlichen Dienst stehenden Einrichtungen an Juden nicht mehr erteilt werden dürfen. Gleichzeitig wird bestimmt, daß jede Lizenzbewilligung aufgehoben wird.

Regierung des öffentlichen Wohls

Forderungen der französischen Frontkämpfer

Henri Foch, der Präsident der „Union Fédérale“, des größten französischen Frontkämpferverbandes, gab vor Pressevertretern bedeutende Erklärungen ab, die in der Forderung nach einer „Regierung des öffentlichen Wohls“ gipfelten. Frankreich, so erklärte Foch, befinde sich in einer äußerst schwierigen Lage, die, wenn sie auch nur noch einige Zeit anhalte, das Land an den Rand des Abgrundes bringen könne. Die Frontkämpfer, ohne die es heute kein Frankreich mehr geben würde, seien der Ansicht, daß ihr Opfer ihnen jetzt das Recht gebe, ihre Meinung laut und frei zu äußern.

Die französische Republik, so wie sie sich heute darstelle, sei nicht mehr die Republik von früher, auch nicht mehr die des Großen Krieges. Der Reichtum verfallt mehr und mehr, und während die anderen Länder sich konzentrierten, löse Frankreich sich auf. Immer deutlicher erweise sich die Unfähigkeit des Parlaments, die Lage zu meistern.

Die Währung gleite weiter ab. Die Verschuldung sei so weit angestiegen, daß die Hälfte des Steueraufkommens für die Zinsen dieser Schulden aufgewandt werden müsse. Die Produktion liege heute unter der des Jahres 1913, und die Wirtschaft werde zerstückelt. Seit zehn Jahren verstimme sich die Lage trotz aller Steuererhöhungen und Notverordnungen.

Die Union Fédérale habe ihren Plan. Dieser Plan sei auch der des Nationalverbandes der ehemaligen Frontkämpfer (N.C.) und der anderen großen Frontkämpferverbände. Sechs Millionen Männer hätten ihm bereits zugestimmt. Zu großen Zügen gesehen, besage der Plan folgendes: Frankreich müsse eine Regierung des öffentlichen Wohls haben, möge man sie auch als „nationale“ Regierung bezeichnen, das sei gleichgültig. Sie müsse von charakterfesten Männern gebildet werden, die außerhalb der Parteien und Bündnisse ständen und überzeugte Republikaner seien. Diese Regierung werde die notwendige Zeit erhalten, um arbeiten zu können, mindestens aber ein Jahr, d. h. also bis zu den nächsten Wahlen. Die Regierung werde wirtschaftliche, finanzielle und diplomatische Vollmachten erhalten. Wenn das Parlament diesen Plan verwerfe, so sei seine Auflösung notwendig. Die Frontkämpfer würden sich dann in den Kampf stürzen, und man könne versichert sein, daß die politische Laufbahn der meisten augenblicklichen Parlamentarier dann abgeschlossen sein werde.

Großangriff auf die Arbeitslosigkeit

Zwangsarbeitsdienst in der Tschecho-Slowakei

Prag. Das Amtliche Tschecho-Slowakische Vreßbüro veröffentlicht am Dienstag eine Meldung, die für die Wirtschaftslage im Staate recht bezeichnend ist. Nachdem man dem Zusammenbruch der sudetendeutschen Industrie Jahre hindurch zugehört und die Selbsthilfe der sudetendeutschen Jugend, die sich in Arbeitslagern sammelte, erschwert und unmöglich gemacht hatte, greift man nun den Gedanken des Arbeitsdienstes selber auf. Die Meldung über die Einrichtung der Arbeitsformationen hat folgenden Wortlaut:

In dem Bestreben, die Privatwirtschaft als Grundlage des Arbeitsmarktes so rasch als möglich zu erneuern, hat der Ausschuß der Wirtschaftsminister einen Gesetzentwurf über Arbeitsformationen (Arbeitslager) ausgearbeitet, der von der Regierung genehmigt wurde und bereits in nächster Zeit veröffentlicht werden soll. Zunächst werden besondere Arbeitskolonnen aufgestellt werden, in die die Arbeitslosen eingereiht werden sollen. Besonders sollen auch diejenigen erfasst werden, die aus dem aktiven Militärdienst zurückkehren und keine Arbeit finden.

Die Arbeitsformationen werden nach den Grundsätzen der Wehrmacht organisiert. In die Arbeitskolonnen kann jeder Arbeitslose eingereiht werden, der das 18. Lebensjahr erreicht hat. Die Mitglieder der Arbeitsformationen erhalten Kost, Quartier, Ausrüstung, darunter auch Uniform. Personen, die

in die Arbeitsformationen eingereiht sind, sind durch Dienstpflicht gebunden. Während der Dauer der Einreihung in die Arbeitsformationen entfällt der Anspruch der Arbeitslosenunterstützung.

Neue Minister in Prag ernannt

Das Tschecho-Slowakische Preßbüro meldet: „Die Regierung der Tschecho-Slowakischen Republik hat den Abgeordneten Andrej Prach zum Minister für die Verwaltung Karpato-Rußlands. Senator Dr. Edmund Pacinsky und Abgeordnete Jankov Novak zu Ministern ernannt. Minister Dr. Vacinsky wurde zur Teilnahme an den Verhandlungen in Komorn bevollmächtigt. Die Regierung betraute den Abgeordneten Dr. Fencik mit den Verhandlungen über die Regelung der Grenzen zwischen der Slowakei und Karpato-Rußlands unter Verleihung des Titels eines bevollmächtigten Ministers.“

Treuegruß der Rechtswahrer an den Führer

Unverbrüchlicher Wahrer der Lebensrechte des deutschen Volkes.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes hat der Reichsführer des NSRW, Reichsminister Dr. Frank, an den Führer und Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

„Die zur Feier der zehnten Wiederkehr des Tages versammelten Vertreter des deutschen Rechtsstandes, an dem Sie, mein Führer, durch Ihren Aufruf den nationalsozialistischen Rechtswahrerbund und damit den ältesten angegliederten Verband der NSRW, gründeten, grüßen Sie im Namen von 90 000 nationalsozialistischen Rechtswahrern in untwandelbarer Treue und Verehrung als den unverbrüchlichen Wahrer der Lebensrechte des deutschen Volkes.“

Der Führer und Reichskanzler hat das Telegramm wie folgt erwidert:

„Den zur Zehn-Jahr-Feier versammelten deutschen Rechtswahrern danke ich für die Grüße, die ich mit besten Wünschen für ihre weitere Arbeit im Dienste des deutschen Rechts herzlich erwidere.“

Das Wirken des deutschen Rechtsstandes

Der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund veranfaßte aus Anlaß der 10. Wiederkehr des Gründungstages des NS-Rechtswahrerbundes als des ältesten angegliederten Verbandes der NSRW, im Haus der Deutschen Rechtsfront in Berlin eine Feierstunde. Reichsleiter Reichsminister Dr. Frank sprach über das Wirken des deutschen Rechtsstandes in Vergangenheit und Gegenwart und die Stellung des Rechts im Reich Adolf Hitlers. Der Minister gedachte der beiden Aufgaben des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, der Arbeit am Rechtsstand und an der Schaffung eines neuen deutschen Volksethik. Erstmals in der Geschichte des deutschen Volkes gibt es heute einen auf eine Weltanschauung ausgerichteten deutschen Rechtsstand.

Reichsminister Dr. Frank schloß seine mit größtem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „Nur ein starkes Reich hat ein starkes, gesundes Recht. Das logisch bestformulierte Gesetz kann weltgeschichtlich wertlos sein, wenn es nicht dem Existenzkampf eines Volkes dient.“